

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Nationales Nachrichten- und Anzeigenblatt für die Oberamtsbezirke Nagold, Calw, Freudenstadt und Neuenbürg

Bezugspr.: Monatl. d. Post A 1.20 einschl. 18 3 Beförd.-Geb., 22 3 Zustellungsgeb.; d. Abg. 1.40 einschl. 20 3 Zustellungsgeb.; Einzelz. 10 3. Bei Nichterhalten der Zeit. inf. höh. Gewalt d. Betriebsf. besteht kein Anspruch auf Lieferung. Drahtanschrift: Tannenblatt. / Fernruf 321. Anzeigenpreis: Die einpaltige Millimeterzeile oder deren Raum 5 Pfennig, Text- millimeterzeile 15 Pfennig. Bei Wiederholung oder Mengenabfluß Nachlaß nach Preisliste. Erfüllungsort: Mittensteig. Gerichtsstand Nagold.

Nummer 133

Mittwoch, Donnerstag, den 11. Juni 1936

59. Jahrgang

Das Locarno der Zukunft

Botschafter Ribbentrop schreibt ein Vorwort

Es ist selten, daß ein privates politisches Buch bereits unmittelbar nach seinem Erscheinen das Interesse der weiten Öffentlichkeit findet. Dieses Echo wird aber verständlich, wenn es, wie dies bei der von Dr. Fritz Berber herausgegebenen Dokumentensammlung „Locarno“ (Verlag Junfermann und Dünhaupt in Berlin) der Fall ist, ein so hochaktuelles politisches Thema behandelt, wie es nun einmal Locarno ist; und wenn ferner Botschafter v. Ribbentrop ein Vorwort dazu schreibt, das keineswegs nur in die Vergangenheit zurückweist, sondern das mutig den Blick in die Zukunft gerichtet hält.

Man kann der Veröffentlichung des Berliner Verlages nichts Besseres nachsagen, als daß sie haargenau auf den Tag ein wirkliches politisches Bedürfnis bedient. Die Locarno-Verhandlungen, vor allem aber die letzte Phase des Locarno-Vertrages, die seine Ausdehnung durch das französisch-sowjetrusische Bündnis zeigen, sind zwar in letzter Zeit vielfach, auch von offiziellen Stellen, behandelt worden. Sie finden sich z. B. auch in dem letzten englischen Blaubuch immer wieder zitiert, das die Vorgänge bis zur großen Reichstagsrede des Führers in das offizielle Licht der englischen Politik zu rücken sucht. Aber was bisher fehlte, war eine gründliche und wissenschaftliche Darlegung der kritischen Sachverhalte, eine umfassende Beibringung des tatsächlichen Materials, ohne dessen Kenntnis nicht geteilt und ohne dessen Durchdringung auch nicht der deutsche Schritt in seiner ehesten Konsequenz beurteilt werden kann. Dies ist jetzt durch die Dokumentensammlung Dr. Berbers gegeben. Sie enthält auch einen bedeutsamen Teil des bisher nicht veröffentlichten Materials, der noch bei den kommenden Erweiterungen eine Rolle spielen dürfte.

Wenn dabei der Beginn mit dem Januar 1919 und mit den Versailler Äußerungen über das Rheinland gemacht wird, so liegt dieser historischen Rückschau eine sachliche deutsche Erkenntnis zu Grunde. Auch die gegenwärtigen Verhandlungen über ein neues Locarno haben es immer wieder mit alten Argumenten zu tun, die in den Anglistenjahren 1918 und 1919 hin- und hergewendet worden sind. Die Krankheits Symptome der Gegenwart wurzeln in der Vergangenheit, und eine wirkliche Heilung kann nur aus einer Überwindung der damaligen Irrtümer hervorgehen.

Daß bei einem so wichtigen Gegenstand dem Vorwort des Botschafters v. Ribbentrop eine besondere politische Bedeutung zukommt, liegt auf der Hand. Man charakterisiert es wohl am besten, wenn man es als ein Vorwort guten Willens und eines ehrlichen Optimismus bezeichnet. Wenn es darin heißt, daß jetzt „die Voraussetzung für einen Geist und eine Atmosphäre der Verständigung geschaffen worden ist und Deutschland den ersten Wunsch hat, mit seinen Nachbarn einen wahren und endgültigen Frieden zu schließen“, so sind dies Worte, die nicht nur in einem Buch stehen, sondern die gleichzeitig für die Verhandlungsweise des Botschafters bezeichnend sind. Hoffen wir, daß aus diesem Bekenntnis praktische Erfolge hervorgehen.

Ründigung des Berechnungsabkommens mit der Schweiz

Bern, 10. Juni. Der deutsche Gesandte in Bern hat am Mittwoch auftragsgemäß dem Schweizerischen Bundesrat eine Note des Inhalts überreicht, daß die kürzlich von der Schweiz ausgearbeiteten Vorschläge über eine Abänderung des deutsch-schweizerischen Berechnungsabkommens von Deutschland nicht als Grundlage für die Weiterführung der Verhandlungen angenommen werden könne. Die deutsche Regierung hat daher notariell das Berechnungsabkommen vom 17. April 1935 und das am gleichen Tage abgeschlossene Warenauszahlungsabkommen zum 30. Juni 1936 gekündigt. Sie hat sich jedoch bereit erklärt, auf der Grundlage ihrer Vorschläge in der Zwischenzeit die Verhandlungen über eine Regelung des deutsch-schweizerischen Zahlungsverkehrs wieder aufzunehmen.

Dr. Göbbels als Zeuge

im Baugrubenunglücks-Prozess

Berlin, 10. Juni. Im Baugrubenunglücks-Prozess hat das Gericht auf Antrag der Staatsanwaltschaft für Donnerstag vormittag 11 Uhr die Ladung von Reichsminister Dr. Göbbels, Ministerialrat Hanke, Standartenführer von Wedell und Major Kretschitz befohlen. Die Ladung erfolgt auf Grund der heutigen Zeugnisaussagen des Arbeiters Sobotta, der erklärte, daß Dr. Göbbels mit seinen oben genannten Mitarbeitern nach dem Einsturz an der Unglücksstelle erschienen ist und zu einer Gruppe von Arbeitern u. a. äußerte, daß er vom Fenster seiner Wohnung aus häufig Schwankungen der vorbeifahrenden Straßenbahnen an der Baustelle beobachtet habe.

Die Schweiz und Moskau

Bundesrat Motta gegen Wiederaufnahme der Beziehungen mit Moskau

Bern, 10. Juni. Im Schweizerischen Nationalrat begann die große Aussprache über die Wiederaufnahme der Beziehungen der Schweiz zu Sowjetrußland. Von kommunistischer, sozialdemokratischer und unabhängiger Seite (Duttweiler-Gruppe) liegen entsprechende Anträge vor. Fernet sprach sich in einem Beschluß der Geschäftsprüfungskommission, der in Montreux tagte, mit neun zu drei Stimmen für die Wiederaufnahme aus.

Die Reden der Antragsteller zu Begründung eröffnete der Direktionsreferent Graf (Freisinger). Er erklärte, daß besonders wirtschaftlich interessierte Kreise die Wiederaufnahme der Beziehungen anstrebten, da sie der Auffassung seien, daß eine Verbesserung der Handelsbeziehungen von der politischen Anerkennung Sowjetrußlands abhängig. Er persönlich sei gegen die Wiederaufnahme. Der sozialdemokratische Parteiführer Reinhard, ebenso der Ingenieur Stäubli (Unabhängiger) erklärten sich für die Wiederaufnahme, während der Abgeordnete Balkton in scharfer Form Ablehnung der Anträge verlangte.

Bundesrat Motta legte in längerer Rede die ablehnende Haltung des Bundesrates dar. Der Bundesrat, so erklärte er, hat nie verhindert, und verhindert nicht, daß Geschäftsleute mit Rußland regelmäßige Handelsbeziehungen unterhalten. Er wünscht die Entwicklung dieser Beziehungen, muß aber die Geschäftswelt vor Illusionen warnen. Er bekennt sich nicht für die offizielle Anerkennung imstande wäre, das Wesen und die Bedeutung des gegenseitigen Handelsverkehrs in wirklich fühbarer Weise zu ändern. Der Anteil Rußlands am Weltaußenhandel ist verschwindend klein. Die Schweiz hatte im Jahre 1935 als kleines Land von 4,5 Millionen Einwohnern einen Außenhandel aufzuweisen, der bedeutender ist als derjenige der unermesslichen Rußlands mit einer Bevölkerung von 160 Millionen. Der russische Außenhandel ist übrigens in einem Schrumpfungszustand begriffen. Er belief sich im Jahre 1935 im ganzen nur auf 1630 Millionen Goldfranken während der schweizerische Außenhandel noch eine Ziffer aufweist, die 2 Milliarden überschreitet.

Belgien hat die Sowjetunion vergangenes Jahr anerkannt. Die Ergebnisse für den Handel waren enttäuschend. Ministerpräsident van Zeeland hat dies öffentlich erklärt. Holland hat gleich der Schweiz die Sowjetunion nicht anerkannt und hat nicht die Absicht, den Sowjetstaat anzuerkennen. Sei Handel mit Rußland überflüssig dennoch beträchtlich denjenigen Belgiens. Die Vereinigten Staaten haben den Sowjetstaat 1933 anerkannt. Diese Anerkennung war durch die Banken und die anderen Geschäftskreise befürwortet worden. Ihr Ziel wurde nicht erreicht.

Bundesrat Motta sprach dann davon, daß jeder Staat sich die Einrichtungen geben könne, die seinen Bedürfnissen entsprechen

daß es aber zu den schwersten staatlichen Mißbräuchen gehöre, wenn in die Außenpolitik die Parteileidenschaften hineingetragen würden. Von jeher habe sich deshalb der Bundesrat gegen die Bestrebungen der sozialistischen und kommunistischen Parteien gewandt, ihre Ideologien zur Basis der Außenpolitik zu machen. Er habe im Jahre 1934 gegen den Eintritt Sowjetrußlands in den Völkerbund gestimmt. Diese Haltung sei durch das Parlament und die große Mehrheit des Volkes gebilligt worden. Der moralische und politische Kredit der Schweiz sei durch diese Stellungnahme in der Welt noch gewachsen. Damit habe der Bundesrat aber keineswegs einen Akt der Einmischung in die inneren Angelegenheiten Sowjetrußlands begangen. Die Haltung im Genf schließt auch nicht aus, daß die Schweiz eines Tages nach längerer oder kürzerer Frist sich doch noch zu einer offiziellen Anerkennung entschließen könnte, wenn die allgemeine internationale Lage und die ganzen Umstände sich zureichend geändert haben. Die kommunistische Propaganda stellt nun aber in unseren Augen ein moralisches Verbrechen dar, ein Verbrechen zwar, das unsere Gesetzgebung als solches noch nicht umschrieben und geahndet hat, aber dennoch ein Verbrechen. Die Sowjetregierung ist heute noch untrennbar von der Dritten Internationale.

Es besteht zwischen der Sowjetregierung und der kommunistischen Partei eine teilweise Identität der Personen und eine verwirrende Solidarität der Ideen und Interessen. Der Einfluß Moskaus ist überall am Werke. Die Dritte Internationale schwingt die Brandfackel im Westen lebhaft und feiert dort die Verbindung von Kommunismus und Anarchie.

Der Einfluß Moskaus arbeitet, wo er kann, an der Bildung von Volksfronten. Er bringt die französischen Kommunisten dazu, die Militärkredite anzunehmen, und die Schweizer Kommunisten, sie abzulehnen. Die kommunistische Taktik kennt alle Formen und alle Schattierungen. Sie sucht Revolutionen in Brasilien, in Argentinien, in Uruguay und in anderen Staaten Südamerikas zu entfachen.

Es ist nicht richtig, daß die Schweiz in ihrer dauernden Weigerung, Sowjetrußland offiziell anzuerkennen, allein dasteht. Holland, Portugal und Jugoslawien betreiben die gleiche Politik wie wir. Die 20 Republiken Süd- und Mittelamerikas handeln ebenso. Der Augenblick, unsere Politik abzuändern, wäre darum schlecht gewählt. Die politische Weltlage verbietet uns, zu dulden, daß unser Boden unter dem Deckmantel von Privilegien und diplomatischen Immunitäten zu einem internationalen Propagandazentrum wird. Unser Volk würde es nicht verstehen, wenn der Nationalrat taub bliebe für den Appell einer verantwortlichen und einigen Regierung und dazu käme, einer Geste das Wort zu sprechen, die heute dem denkbar unerwünschtesten Abenteuer den Weg ebnet müßte.

Dr. Gördeler über die Finanzierung

der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen

Berlin, 10. Juni. Der Oberbürgermeister von Leipzig, Dr. Gördeler, hat am Mittwoch vor dem Internationalen Gemeindefinanzkongress die Finanzierung der deutschen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen behandelt und erklärte u. a.: Die Kosten wurden aus laufenden Einnahmen, durch Anleihen und durch kurzfristige Kredite bestritten. Ein Teil der Gelder endlich ist durch die freiwillige Spende zur Förderung der nationalen Arbeit aufgebracht worden. Für die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sind im Rahmen der Haushaltsmittel des Reiches 1135 Millionen RM bereitgestellt worden, die Ende 1934 fast reiflos vergeben waren. 140 Millionen sind durch die freiwillige Spende zur Förderung der nationalen Arbeit gedeckt. Die Reichsanstalt hat für die Finanzierung der werterhaltenden Arbeitslosenfürsorge in den Jahren 1933/35 fast 2 Milliarden ausgegeben, die dem Träger der Arbeit, das sind in der Regel die Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände, bewilligt wurden.

Bei der Ausdehnung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen konnten die Mittel nicht mehr durch die Haushalte bereitgestellt werden. Die dazu notwendigen langfristigen Kredite waren auf dem Kapitalmarkt nur begrenzt zu beschaffen. Es sind daher neue Wege eingeschlagen. Zunächst der der Vorsfinanzierung, d. h. des Vorkaufes auf künftige Einnahmen, also eine Vorbelastung des künftigen Staatshaushalts. Die Vorsfinanzierung erfolgt kurzfristig durch Wechsel, wobei sich das Land zur Einlösung aus Haushaltsmitteln verbürgte. Die Vorbelastung beträgt für die Jahre 1933: 160, 1934: 741, 1935: 985, 1936: 919, 1937: 914, 1938: 909 Millionen RM.

Eine sehr wesentliche Belegung des Arbeitsmarktes bedeuten natürlich alle direkten Aufträge des Staates zur Erfüllung von Staatszwecken aller Art. Es ist in Deutschland nicht anders wie sonstwo in der Welt, daß selbstverständlich auch die Rüstung des Volkes erhebliche Teile der Wirtschaft beschäftigt. Auch bei an-

deren Vorkern fließen erhebliche Teile des Volkseinkommens in die Rüstungen.

Nach eingehender Darlegung der Art der Finanzierung und ihren Auswirkungen wandte sich Dr. Gördeler den von Professor Hilton aufgestellten Fragen zu. Deren wesentlichste war doch wohl die, ob es denn sinnvoll ist, erst durch das Steuerregime den einzelnen Menschen Mittel für ihre kleinere Arbeitsbeschaffung wegzunehmen und sie im Großen zu verwenden. Herr Professor Hilton hat vollkommen recht, dieses ist nicht sinnvoll, und es ist daher eine länderliche Ausgabe und gleichzeitige höchste Kunst jeder öffentlichen Verwaltung, ihre Anforderungen an die Wirtschaftskraft des Einzelnen so zu gestalten, daß auf beiden Seiten das Optimum an Wirkung herauskommt. Auch Kredite sind Schulden und müssen aus dem Einkommen oder dem Kapital des Volkes bezahlt werden. Stets aber ist die Privatwirtschaft in gewissen Zeiträumen in einen Zustand der Überfütterung oder Ermüdung eingetreten. Wir können das Konjunkturrückgang nennen. In diesem Zeitraum pflegen Spargelder zum Teil ungenutzt dazuliegen. In einem solchen Zeitraum ist es durchaus berechtigt, daß der Staat und die Gemeinden aus dem Kapitalmarkt Mittel übernehmen, um zweckvoll in der Zukunft nützliche Arbeiten auszuführen, nur ist es selbstverständlich, daß Staat und Gemeinden hierbei zwei Grenzen halten müssen. Die eine ist gegeben dadurch, daß dem Kapitalmarkt nicht das für die Privatwirtschaft notwendige Blut entzogen werden darf, die zweite ist gegeben durch die Rücksicht auf die Zukunft. Die hineingenommenen Mittel müssen zurückgezahlt werden.

Ich stimme mit Herrn Professor Hilton vollkommen darin überein, daß also, um jede Grenzüberschreitung zu verhüten, alles getan werden muß, um die natürlichen Kräfte des Menschen in Bewegung zu setzen. Das 19. Jahrhundert hat einen in der Geschichte seltenen Zeitraum des Friedens,



der Ordnung und der Entwicklung zur Wohlfahrt gebracht. Das lag daran, daß die politische Entwicklung in ungewöhnlicher Harmonie mit der technischen und wirtschaftlichen verlief. Die Friedensschlüsse des 19. Jahrhunderts erscheinen von einer leichten Verantwortung für die Zukunft getragen. Ein gleiches kann man nun einmal von der Beendigung des Weltkrieges nicht sagen. Flugzeug und Schnellwagen, drahtlose Nachrichtenübermittlung und Fernsehen, die Erzeugnisse des 20. Jahrhunderts, entbehren der wirtschaftlichen Ausnahmsmöglichkeit, weil die Saat des Mißtrauens die unerlässlichen politischen Vorbereitungen für weiträumigen Verkehr nicht schaffen kann.

Dies Mißtrauen zu beseitigen, mußte die erste Aufgabe sein, und dies Mißtrauen mußte so lange lebendig sein, solange die Ehre des einzelnen Volkes nach verschiedenem Maße gemessen wurde. Wenn also das deutsche Volk dazu übergegangen ist, verjagte Ehren wiederherzustellen, so mögen in der ersten Aufwallung Mißstimmungen denkbar sein. Wer aber mit der großen Verantwortung, die die Zukunft erfordert, an eine ruhige Überlegung geht, der wird anerkennen müssen, daß die Beseitigung dieses Krankheitsherdes letzten Endes allen zugute kommen wird.

Wir stehen in der Welt vor großen Entscheidungen. Entweder wird auf der Grundlage sicherer Währungs- und ihrer Abstimmung aufeinander und durch Verzicht auf einseitige Abänderung die unerlässliche Voraussetzung für eine Gesundung und Befehung des Güterausstausches in der Welt geschaffen, dann kann jedes Volk seine besten geistigen, körperlichen und sittlichen Eigenschaften ausnützen, und die allgemeine Gütererzeugung wird so billig wie möglich sein, oder man will, oder kann die Großzügigkeit, die nun einmal zu einem solchen Entschluß gehört, nicht aufbringen. Dann bleibt auf die Dauer nichts anderes übrig, als die Arbeitsteilung, die sich im 19. Jahrhundert aus der Weltwirtschaft entwickelt hat, wieder zu beseitigen und zu einer minderarbeitsteilenden Wirtschaftsform in jedem einzelnen Volke in mehr oder weniger großem Umfange zurückzuführen. Daß eine solche Wirtschaft, die die Gaben der Natur vernachlässigt, für jedes Volk teuer ist und daher den Lebensstandard zu senken zwingt, ist eine mathematisch auszurechnende Tatsache. Die Völker der Welt erleiden in der Arbeitslosigkeit die Folgen eigenen fehlerhaften Tuns. Da sie alle in gleicher Verdamnis sind, ist die Aussicht der gemeinsamen Umkehr noch nicht verzerrt. Es würde nur nützlich erscheinen, wenn aus dieser Kongreg von Gemeinden, die ja letzten Endes von den Auswirkungen wirtschaftlicher und sozialer Erschütterungen immer zuerst betroffen werden, diese Erkenntnis vertieft würde, wenn er den Willen zur Zusammenarbeit fänden würde. Diese Zusammenarbeit muß die natürlichen Grundlagen eines lebendigen Leistungsaustausches wiederherstellen. Das deutsche Volk ist, wie der Führer und Reichskanzler wiederholt feierlich verkündete, aus innerster Überzeugung zu einer solchen Gemeinschaftsarbeit bereit.

Deutsches Jugendfest vom 20. bis 23. Juni

Rund 7 bis 8 Millionen Teilnehmer

Berlin, 10. Juni. Vor einigen Tagen haben der Reichsinnenminister, der Reichssportführer und der Reichsjugendführer zum deutschen Jugendfest angerufen, das vom 20. bis 23. Juni im ganzen Reich als Tag der Sonnenwende mit sportlichen Wettkämpfen und Sonnenwendfeiern begangen wird. An dem Fest wird sich die ganze deutsche Jugend beteiligen, soweit sie durch die Hitlerjugend und ihre Formationen und die Schulen erfasst wird. Im vergangenen Jahr hatte das Fest eine Gesamtbeteiligung von etwa 5 bis 6 Millionen Jugendlichen, in diesem Jahre wird damit gerechnet, daß diese Zahl auf 7 bis 8 Millionen kommt.

Zweck und Ziel der sportlichen Wettkämpfe ist, alljährlich eine große planmäßige Leistungsprüfung durchzuführen; sie gliedert sich in Einzelleistungsprüfungen, die in den Schulen vom 9. bis 18. Juni durchgeführt werden und in Mannschaftsmehrkämpfen, die für das Deutsche Jungvolk am 20. Juni (Tag des Deutschen Jungvolkes) und für die Hitlerjugend am 21. Juni (Tag der Hitlerjugend) stattfinden. Vorbereiter dieser großen Veranstaltungen sind die Reichsjugendwettkämpfe gewesen, die seinerzeit vom Reichsausschuß für Leibesübungen durchgeführt wurden. Während damals der Schwerpunkt für die sportlichen Wettkämpfe auf die Einzelleistungsprüfungen gelegt worden war (die auch heute noch in den Leistungsprüfungen durchgeführt werden), hat sich jetzt das Hauptgewicht auf die Mannschaften der Hitlerjugend verlagert mit dem Ziel, innerhalb der Mannschaftsmehrkämpfe die gesamte deutsche Jugend zu erfassen, also auch diejenigen Jugendlichen, die, da sie nicht besonders sportlich veranlagt sind, sonst nicht die Möglichkeit hätten, an sportlichen Kämpfen teilzunehmen.

Die siegenden Mannschaften in den Mehrkämpfen werden mit einer Ehrenurkunde mit der Unterschrift des Führers ausgezeichnet. Diese hohe Auszeichnung können also nur die Jungmänner, Kameradschaften und Mädchen der Hitlerjugend erhalten. Den Einzelsegern wird bei der Erreichung einer Punktzahl von 100 eine Plakette und Siegersnadel überreicht. Es sind drei Wettkampfabteilungen vorgesehen: 60- bzw. 100-Meter-Lauf, Weitsprung, Schlagball bzw. Keulenweitwurf. Jede Wertung geht bis zu 100 Punkten. Am Sieger zu werden müssen also in jeder Wettkampfabteilung mindestens 50 Punkte erzielt werden.

An der Sonnenwendfeier, die im Auftrage der Partei von der Hitlerjugend durchgeführt wird, nehmen alle Schulpflichtigen teil; sie bedeutet den Abschluß des deutschen Jugendfestes.

Schluß des Reichshandwerkertages 1936

Frankfurt, 10. Juni. Der Reichshandwerkertag 1936 erreichte am Mittwoch sein Ende. Auch der letzte Tag stand im Zeichen ernster Arbeit. Die Gaubetriebsgemeinschaftswalter der Reichsbetriebsgemeinschaft Handwerks waren zu einer Arbeitstagung versammelt, auf der der Reichshandwerkmeister Dr. Schmidt die Bilanz des diesjährigen Reichshandwerkertages zog.

Was die Arbeit in den einzelnen Gauen anlangt, so führte er aus, habe die Gaubetriebsgemeinschaft Sachfen im vergangenen Arbeitsjahr am besten abgeschnitten. Dem Gaubetriebsgemeinschaftsleiter von Sachfen, Engler, werde daher in Anerkennung seiner Leistung der Ehrenring der

Die wirtschaftlichen Folgen des Streiks in Frankreich

Der französische Innenminister gegen Erhöhung der Lebensmittelpreise

Während die der Regierung nahestehenden Blätter mit Begeisterung die bisher erreichten „Siege der Arbeiterklasse“ hervorheben, versuchen die Blätter der Rechten nachzuweisen, daß die Tarifnahmen dem ausgegebenen Stichwort einer Entspannung nicht entsprechen. Mit einer gewissen Beunruhigung heben die Rechtsblätter hervor, daß am Dienstag zum erstenmal streikende Arbeiter über die Boulevards gezogen seien und die Passanten sit erhabener Faust begrüßt hätten. Allmählich beginnt man sich ruhiger mit den wirtschaftlichen Auswirkungen neuer Abkommen zu befassen. Auf der Rechten wird einmütig in der Auffassung vertreten, daß eine allgemeine Preiserhöhung und Lebenswertenerung unvermeidlich sei, während die Linke sich dagegen verwahrt, daß durch unberücksichtigte Preissteigerungen die Arbeiter um die Früchte des Kampfes gebracht werden sollen. Die Arbeitgeber scheinen jedoch nicht gewillt zu sein, die Kosten der unmittelbaren oder mittelbaren Lohnserhöhungen selbst zu tragen. So sehen sich die Kraftfahrer, die zunächst erfreut waren, am Montag wieder überhaupt Betriebsstoff zu bekommen, vor der unangenehmen Überraschung, daß die Preise für Benzin seit der vorigen Woche um etwa 6 bis 8 Prozent erhöht worden sind. Die Textilverluste sind bereits mit der Forderung an den Staat herangetreten, einen Ausgleich zu erhalten, um auszufähig zu bleiben. Zu dieser auch für die französische Wirtschaft sehr wichtigen Frage nimmt das Wirtschaftsblatt „Journé Industrielle“ Stellung. Unter Einrechnung der Verkürzung der Arbeitszeit von 48 auf 40 Stunden bei gleichem Wochenlohn und unter Berücksichtigung des bezahlten Urlaubs werde die Lohnserhöhung im Durchschnitt nicht 12 Prozent betragen, wie in dem grundsätzlichen Abkommen vom Montag vorgesehen sei, sondern etwa 35 Prozent. Das Blatt hält es für unmöglich, daß die Erzeugung in ihrer Gesamtheit in der Lage sei, diese Neubelastung zu tragen. Wenn aber die Erzeugung diese Erhöhung nicht auf ihre Kunden abwälzen könnte, müßte sie die Kosten ihrer Betriebe schließen und die Arbeitslosigkeit werde zunehmen. Könnten die 35 Prozent aber den Preisen zugeschlagen werden, so trügen die Verbraucher die Kosten der Operation.

Wie zu erwarten war, werden nicht nur bei der Opposition, sondern auch auf dem rechten Flügel der Volkfront, bei den Radikalsocialisten, Bedenken gegen die Auswirkungen laut, die die einseitige Einführung der 40-Stunden-Woche in Frankreich nach sich ziehen würden. Mit einer Offenheit und Deutlichkeit, als ob ein Blatt der Opposition schriebe, erklärt die „Gazette“ nahebeiende „Coe Nouvelle“: „Achtung vor der 40-Stunden-Woche!“ Ihre Durchführung werde für die Ausgaben der Armee eine Mehrbelastung von 550 Millionen Franc bedeuten, bei der Kriegsmarine noch mehr. Im Ganzen würde sich unter Einrechnung der sonstigen öffentlichen Betriebe, wie öffentliche Arbeiten und Postverwaltung, eine Mehrbelastung von 2,5 Milliarden Franc ergeben. Bei den Eisenbahnen würde die Durchführung der 40-Stunden-Woche eine Personalvermehrung erfordern, deren Kosten 1,5 Milliarden jährlich betragen würden, das wären für den Anfang also schon 4 Milliarden Franc. Könnte die Arbeitslosigkeit, die im übrigen der Gesamtheit nur eine Milliarde koste, durch diese Maßnahmen beseitigt werden oder werde sie nicht vielleicht sogar noch ansteigen? Die französische Ausfuhrindustrie werde nämlich durch eine Erhöhung der Gestehungspreise gegenüber ihren Wettbewerbern auf dem Weltmarkt in eine sehr ungünstige Lage geraten. Die dadurch entstehende Arbeitslosigkeit werde die Arbeitsvermehrung in anderen Industrien wieder ausgleichen. So würde also die Einführung der 40-Stunden-Woche, ohne die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, schwer auf den öffentlichen Finanzen lasten und eine Verteuerung der Lebens-

haltung herbeiführen. Welchen Gewinn aber habe die Arbeiterklasse davon? Die 40-Stunden-Woche bedeute daher ein geistliches Abenteuer, solange sie nicht von allen großen Erzeugerländern durchgeführt werde.

Die französischen Frontkämpfer mißbilligen das Vorgehen der Streikenden

Bedenken gegen die 40-Stundenwoche

Paris, 10. Juni. Im Namen des Vorstandes der im Nationalverband zusammengeschlossenen ehemaligen Frontkämpfer hat dessen Vorsitzender Jean Goy an den Ministerpräsidenten ein Schreiben gerichtet, in dem er die Befehung der Fabriken und Warenhäuser durch die Arbeiter als eine ausgesprochen revolutionäre Handlung mißbilligt. Das Streikverbot lasse sich nicht mit der Befehung der individuellen Freiheit und des Eigentumsrechtes in Einklang bringen. Infolge seiner Zusammenfassung könne der Nationalverband der ehemaligen Frontkämpfer sehr wohl zum sozialen Thema das Wort ergreifen. Er habe bereits seit Jahren daran gearbeitet, das Kapital zu zwingen, an die Stelle des Gewinnbegriffes den Begriff der zu erfüllenden sozialen Aufgaben zu stellen, damit der Arbeiter die Möglichkeit zu einer würdigen Lebenshaltung habe. Auch für umfassende Konsumarbeiten sei der Verband eingetreten. Aber alle diese Reformen müßten auf gesetzlichem Wege und nicht unter dem Druck dunkler Kräfte durchgeführt werden.

Die Vorsitzenden der Pariser Handelskammern haben in einer Entschließung Vorbehalte bezüglich der Einführung der 40-Stundenwoche geäußert. An sich sei die 40-Stundenwoche eine zulässige Reform im Sinne des sozialen Fortschrittes, aber die Regierung übernehme eine schwere Verantwortung, wenn sie diese Reform plötzlich und ohne gleichzeitige Durchführung dieser Maßnahmen in anderen Ländern zur Anwendung bringen würde. Dies würde die französische Wirtschaft untragbar belasten.

Der Verband der französischen Landwirtschaftsgewerkschaften, der über 9000 Einzelverbände mit 1 Million bäuerlicher Familien umfaßt, bedauert die Vernachlässigung der bäuerlichen und dörflichen Belange und fordert die Wiederherstellung der Lebensbedingungen und der Kaufkraft des Nährstandes, der die Hälfte der Bevölkerung Frankreichs ausmacht.

Der französische Innenminister gegen die Erhöhung der Lebensmittelpreise

Paris, 11. Juni. Innenminister Salengro hat an die Präfekten ein Rundschreiben gerichtet, in dem er sie auffordert, sofort Maßnahmen gegen ungerechtfertigte Preissteigerungen für Lebensmittel und alle anderen Gegenstände des täglichen Bedarfs zu ergreifen. Derartige Preissteigerungen, so heißt es in dem Rundschreiben, würden nur die Unruhe in der Bevölkerung erhöhen, was ein Umsichgreifen der Störung der öffentlichen Ordnung zur Folge haben könnte. Jede unberechtigte Preissteigerung solle durch die Gerichte verfolgt werden.

Streik bei einer großen französischen Kederei

Paris, 11. Juni. In Le Havre ist das technische Personal der großen französischen Kederei „Compagnie Transatlantique“ am Mittwochmittag in den Streik getreten. 1100 Arbeiter halten die Werkstätten der Kederei besetzt. Wie am Mittwochabend verlautet, hat sich der Streik auch auf die Parfümfabriken und auf eine Reihe kleinerer Metallwerke ausgedehnt.

Stadt Frankfurt a. M. verliehen, der künftig jedes Jahr erneut verliehen werde.

Der stellv. Reichsbetriebsgemeinschaftsleiter Paul Walter erweiterte die Ausführungen des Reichshandwerkmeisters durch die Verkündung von Arbeitsmaßnahmen, denen in der nächsten Zeit besondere Beachtung zuteil werden müsse.

Keine Beschäftigung mehr ohne Arbeitsbuch

Berlin, 10. Juni. Nach einer soeben erlassenen Verordnung des Reichsarbeitsministers dürfen in folgenden Betriebsgruppen Arbeiter und Angestellte, für die ein Arbeitsbuch auszustellen ist, vom 1. Juli 1936 an nur beschäftigt werden, wenn sie im Besitze eines ordnungsmäßig ausgestellten Arbeitsbuches sind:

1. Landwirtschaft, Gärtnerei, Tierzucht, Forstwirtschaft, Fischerei.
2. Bergbau, Salinenwesen, Torfgäberei.
3. Textilindustrie.
4. Verzierungsindustrie.
5. Musikinstrumenten- und Spielwarenindustrie.
6. Bekleidungsindustrie.
7. Wasser-, Gas- und Elektrizitätsgewinnung und -versorgung.
8. Reinigungsindustrie.
9. Gaststättenwesen.
10. Häusliche Dienste.

Wer entgegen den gesetzlichen Vorschriften einen Arbeiter oder Angestellten beschäftigt, oder sich als Arbeiter und Angestellter beschäftigt, macht sich strafbar.

Beurlaubung von Wehrpflichtigen für die Landwirtschaft

Berlin, 10. Juni. Das Oberkommando des Heeres gibt bekannt: Vielfach werden von Wehrpflichtigen, die ihre aktive Dienstpflicht erfüllen, oder von deren Angehörigen an die Dienststellen Anträge auf längere Beurlaubung zur Aufrechterhaltung des Betriebes oder der Landwirtschaft gestellt.

Solchen Anträgen kann im allgemeinen nicht stattgegeben werden, da die an und für sich kurze Ausbildungszeit zum Erreichen des Ausbildungszieles bei längerer Beurlaubung nicht mehr ausreicht.

Ausnahmsweise darf bei Vorliegen besonderer Gründe Urlaub erteilt werden, wenn

1. ein tatsächlich besonderer Notfall festgelegt und dies auch von der Orts- und Kreispolizeibehörde bestätigt wird,
2. während der Urlaubszeit bei der Truppe keine besonders wichtigen Ausbildungsarbeiten durchgeführt werden.

Wirklich Krieg im Osten?

Die Nachrichten, die in den letzten Tagen mit zunehmender Lautstärke aus dem Fernen Osten nach Europa drangen, haben sich jetzt allmählich zu Behauptungen verdichtet, die den Ausbruch eines japanisch-chinesischen Krieges unter Umständen noch in dieser Woche prophezeien. So lautet und tatsächlich das alles klingen mag, so wird der nächste Beurteiler doch den Eindruck nicht los, daß hinter diesem ganzen Nachrichtensturm eine Fülle von unkontrollierbaren und zum Teil höchst tendenziösen Gerüchtemachern steht und daß von einer eindeutigen Klärung und Enthüllung der wirklichen Vorgänge in Ostasien noch nicht die Rede sein kann. Auch wenn die Kantongregierung tatsächlich bereits Mobilisierungsbefehle erteilt und Häfen in den Kriegszustand versetzt haben sollte, ja, auch wenn sie alles unternimmt, um den Norden zu einem Kriege gegen Japan fortzuführen, so sind die Gegenströmungen gegen eine solche Gewalttätigkeit doch zweifellos sehr stark. Vor allem zeigt sich immer deutlicher, daß der Marschall Tschiang Kai-schek keinesfalls gewillt ist, dem Druck des Südens nachzugeben. Er will sich die wirklichen Entscheidungen in China nicht aus den Händen nehmen lassen, und er droht nicht deshalb alles, was nach einem einseitigen Vorgehen Südkinas und nach einer Politik vollzogener Tatsachen aussieht.

Es ist recht interessant, daß die in diesem Falle doch wohl unmittelbar unterrichteten Genfer Kreise auf einmal ganz unzweideutig den wirklichen Drahtzieher dieser ganzen Tragikomödie mit Namen nennen und daß sie für die Zuspaltung der Lage in China keinen anderen als Sowjetrußland verantwortlich machen. Danach ist die Politik des chinesischen Südens auf die Beförderung der Kremldiplomatie vor einem schwerwiegenden sowjetrussischen Konflikt mit Japan zurückzuführen, und den Kantoneuten wurde die Aufgabe zuteil, zunächst einmal durch kommunistische und zugleich nationalistische Parolen das Feuer des Japanhasses in ganz China anzufachen. Die Vorteile einer solchen Zuspaltung gehen, von sowjetrussischen Gesichtspunkten aus betrachtet, in zweierlei Richtung: auch wenn es auf Kosten der überfüllten Chinesen gehen würde, so ließe sich dadurch Japan zunächst einmal militärisch festlegen. Es würde aber auch wirtschaftlich an seiner verwundbarsten Stelle getroffen. Man spekuliert in Moskau direkt darauf, eine spätere Kriegführung Japans durch vorzeitige Inanspruchnahme seiner wirtschaftlichen Hilfsmittel und Reserven zu minieren und womöglich auch soziale Erschütterungen in der japanischen Bevölkerung herbeizuführen. Günstig dies, dann läßt sich immer ein pallender Augenblick abwarten, an dem auch die Sowjetunion



irreflektierten irgendeinen Fall gegen Japan konstatieren...

Alle diese Beispiele und Gesichtspunkte zeigen, wie sehr man international die Sowjetunion als den eigentlichen...

Die Lage in Süd-China völlig ungeklärt

Nanking, 10. Juni. Die Lage in Süd-China ist noch völlig ungeklärt. Es hat den Anschein, daß unter den Führern...

Die aus Süd-Hunan zurückgezogenen Regierungstruppen beziehen augenblicklich Stellung nördlich von Tchangsha...

In einem neuen Telegramm an den Südwestführer Chen...

Seitens der Kuomintangpartei und der Shanghaier Bürgerschaft sind telegraphische Aufforderungen an den Südwestführer ergangen...

Neue belgische Ausnahmeverordnung gegen die Heimmattreuen

Brüssel, 10. Juni. Im Staatsanzeiger ist eine Kgl. Verordnung erschienen, die der Regierung die Möglichkeit gibt...

Die Verordnung ist vom Innenminister sowie der Bischof der Katholischen Union angehört...

Angriffe gegen Roosevelt

auf dem republikanischen Parteitag

Cleveland, 10. Juni. Unter großer Begeisterung der in der überfüllten Konventionshalle versammelten Delegierten...

Aus Stadt und Land

Altenteilig, den 11. Juni 1936.

Lustig ist's Soldatenleben...

Was das ein Leben gestern vormittag in unserem sonst so ruhigen Städtchen, als die Artillerie einrückte...

Wie manche Erinnerung wurde damit gestern wieder in den alten Soldaten geweckt...

Nachdem die Jugend hier alles beschäftigt hatte, machten sich die meisten auf den Weg nach Egenhausen...

Abends jogten dann die Quartiergeber mit ihren Soldaten in den 'Grünen Baum' und die 'Traube' zum Wanderverball...

Heute Mittag von 12.30 Uhr ab wird das Trompeterkorps die hiesige Einwohnerschaft mit einem Standkonzert auf dem Marktplatz erfreuen...

Abends wird uns dann unsere Einquartierung wieder verlassen, um im Nachtmarsch ihr nächstes Ziel auf dem Wege in ihr Standortquartier zu erreichen...

Auch die in unserem Nachbarort Egenhausen untergebrachten Batterien werden dabei durch Altenteilig marschieren und ist somit allen Gelegenheit geboten...

Die diesjährigen ersten 'Kraft durch Freude'-Urlauber und zwar aus der Gegend Koblenz-Trier treffen kommenden Samstagabend 8 Uhr hier in Altenteilig ein...

Luftschiffbesichtigung in Friedrichshafen. Wie uns vom Luftschiffbau Zeppelin geschrieben wird, kann das Luftschiff 'Hindenburg' in Allmannsweiler-Friedrichshafen bis zum 16. Juni 1936...

Verlängerte Gültigkeit der Sonntagsfahrkarte nach Baden-Baden. Aus Anlaß der 72. Hauptversammlung des Schwarzwalddereins am 13., 14. und 15. Juni 1936...

Calw, 10. Juni. (40 Jahre Schwarzwald-Wasserwerk.) Feuer sind es 40 Jahre, daß von fortwährend denkwürdigen Männern der Plan einer Wasserwerkung für die wasserarme Hochfläche des Waldes gefaßt wurde...

Calw, 10. Juni. (Reichsbahn-Güterkraftverkehr.) Ueberlandverkehr Calw-Horb.) Am Montag, den 15. d. M., wird zwischen Calw und Horb ein Reichsbahn-Güterkraftverkehr in Betrieb genommen.

Neuenbürg, 10. Juni. (Faulbrut unter den Bienen.) In Loffenau ist die bössartige Faulbrut unter den Bienen aufgetreten. Von dem Kreisbienenfachverständigen, Oberlehrer a. D. Frey in Birkenfeld...

Bieselsberg, 10. Juni. Unser ältester Einwohner Schreinermeister Johannes Kusterer konnte dieser Tage sein 89. Lebensjahr vollenden.

Langenbrand, 10. Juni. Oberforstmeister im Ruhestand Dr. Eberhard konnte am Dienstag sein 70. Lebensjahr vollenden.

Stein a. L. M., 11. Juni. (50 Schafe nachts erstickt.) In einer der letzten Nächte sind auf dem Heuberg, wo zur Zeit große Schafherden weiden, 50 Schafe erstickt...

Eglingen, 10. Juni. (Sawatz verzieht.) Am Dienstag wollte ein Motorradfahrer mit Beiwagen einen Lastzug überholen...

Heilbronn, 10. Juni. (Schulheimschiff 'Hans Schemm'.) Das Schulheimschiff 'Hans Schemm', das den Namen seines Schöpfers trägt, ist auf seiner Fahrt von Regensburg, Ingolstadt, Nürnberg, Würzburg, Mainz kommend...

Wurzach, 10. Juni. (Neues Hans- und Flachs-werk.) Der seit Frühjahr 1936 ernstlich erwogene Plan der Gründung einer Genossenschaft zum Anbau und zur Aufarbeitung von Hans und Flachs ist nunmehr Wirklichkeit geworden.

Kappel, O. A. Ravensburg, 10. Juni. (Junge Auserer erwischt.) Am Dienstag früh wurden durch den Landjäger von Horgenzell in einem Gasthaus zwei übernachtende jüngere Burken im Alter von 15 und 16 Jahren kontrolliert.

Halsweiler, O. A. Ravensburg, 10. Juni. (Tödlich verunglückt.) Montag nachmittag war Bauer Josef Reis damit beschäftigt, den Heuboden vor der bevorstehenden Einbringung des Heues zu reinigen.

Aus Baden

Pforzheim, 10. Juni. Ein Straßerverfahren, das nach dem schweren Eisenbahnunglück am 17. Mai 1934 auf dem Pforzheimer Bahnhof gegen den mitschuldigen Lokomotivführer Brand eingeleitet worden war...

Bühl, 10. Juni. (Vom Starkstrom getötet.) Der städt. Elektromeister Bernhard Greß war im Transformatorhaus beschäftigt. Dabei kam er auf bis jetzt noch unaufgeklärte Weise dem Starkstrom zu nahe...

Tiergarten i. Donautal, 10. Juni. (Von einem Steinblock erdrückt.) In einem in der Nähe gelegenen Marmorbruch ereignete sich gestern ein bedauerlicher Unglücksfall.

Freiz ist immer hilfsbereit. Manch alte Frau hat er schon über die Straße geführt. Für andere ist er hinübergesprungen, um das Gewünschte zu besorgen. Am liebsten holt er Dr. Oetker-Ezeugnisse; denn die kennt er am 'hellen Kopf', und er weiß, daß sie gut sind. Achtung - aufpassen! Preisnachfrage!

